Südschleswigscher Wählerverband

Press release
Nr. 249/2026
Kiel, 18.09.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Madsen bleibt wie so oft die Antworten schuldig

Zu den stark gestiegenen Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein erklärte die wirtschaftspolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion, Sybilla Nitsch, heute im Landtag:

„Die Zahlen sind alarmierend: 571 Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr, 26 Prozent mehr als im Vorjahr und der höchste Halbjahreswert seit 2012.

Schleswig-Holstein ist besonders stark betroffen. Wenn Unternehmen hier deutlich stärker unter Druck geraten als anderswo, kann sich eine Landesregierung nicht mit Weltwirtschaft, Berlin und Energiepreisen herausreden. Nach neun Jahren CDU-geführter Landesregierung muss sie sich daran messen lassen, welche Standortbedingungen sie selbst geschaffen hat.

Gerade bei uns trifft das den Mittelstand. Wir haben bei den Bäckereien erlebt, was passiert, wenn Politik vor allem auf die Großen schaut. Kleine Traditionsbetriebe, die seit Generationen zu unseren Orten gehören, geraten unter Druck oder verschwinden. Das merken die Menschen unmittelbar.

Besonders betroffen sind das Baugewerbe sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. Und ausgerechnet darauf hatte der Wirtschaftsminister heute keine Antwort. Warum trifft es diese Branchen so stark? Wo liegen die Probleme? Was will die Landesregierung dagegen tun?

Von welcher Wirtschaftspolitik spricht diese Landesregierung eigentlich ständig? Bei Northvolt wurde groß angekündigt und zur Chefsache erklärt. Wo das geendet hat, wissen wir. Bei Marschbahn und Missunde erleben wir dasselbe Muster: große Versprechen, wenig Ergebnis.

Hinter den Insolvenzzahlen stehen tausende Beschäftigte, ihre Einkommen und ihre Familien. Es geht um Arbeitsplätze und darum, Wissen und Erfahrung im Land zu halten.

Herr Madsen hat heute Ursachen aufgezählt. Eine Analyse, einen Plan und konkrete Antworten für Schleswig-Holstein ist er wie so oft schuldig geblieben.“